

Schuhmacher-Sachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publicationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwochs. — Redaktionsschluß: Sonntag.
Bezugspreis vierseitigjährlich 10.— Mark durch die Post.
(Bezug unter Stromband ist ausgeschlossen.)

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telefon 408
Verlagsstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46.
Abonnement: Postleitzettel 23 000. Erhältlich: Schuhmacherschule Nürnberg

Wettbewerbspreis 4.—Mark die einzige richtige Bezeichnung.
(Richterurteil des ausgeschlossenen).

Inhaltsverzeichnis: Von der Generationsierung des Geschlechts-
Boden-Rundschau. — Die Reigentum der Akkordarbeit. — Die Re-
genzart der Salutierung. — Die Entwicklung der Warenprüfung
im Einzelhandel. — Die dorthinige Gemeinschaft und die monopoli-
sche Position. — Das univer. Berat. — Gewerkschaftliches. — Das
Zahlstellen- und Belegs. — Verbandsnotiziens. — Briefwechsel.
Übersetzung.

Der Bericht führt dann weiter an, daß einschließlich der Frage, ob die Löhne in der Schuhindustrie jentral oder regional geregelt werden sollen, eine gewisse Abwidderung bei denjenigen bestehenden verschiedenen Auflösungen liege, wenn sie nicht entsprechend den Verhältnissen in Berlin und Brandenburg, die früher der jentralen Regierung abhingen, abweichen. Der Anzahlsteigerung um 10 Prozent im vergangenen Jahr sei die zahlenmäßige Änderung derselben gesessen. Daraus müsse auf der anderen Seite die Begehrung ersehen werden, doch leitete weiter Kreise der Arbeitnehmerchaft die zentralen Abmachungen nicht immer eingehalten wurden.

**Von der Generalversammlung
des Verbandes der deutschen Schuh- und
Schäftekfabrikanten**

Letzteres weitet der Arbeitnehmerkraft die zentralen Abmässungen nicht immer umgehoben werden.

Trotz Unmöglichkeit genereller drücklicher Lohnforderungen allgemeiner Art würden solche fast in allen Dingen erhoben worden.

L
Die führende Organisation der Unternehmer in der Schuhindustrie, der Verband des deutschen Schuh- und Schäftekunstfachanten hielt vom 14. Juni an seine diesjährige Generalversammlung in Heidelberg ab. Die Generalversammlung hat eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen, aus deren Handlung auch unsere Leser manches interessieren wird. Neben der Entgegennahme des Geschäftsberichts hatte die Generalversammlung die Organisationstragödie im Lederhandel aufzuklären. In den Lederhandel, Lederfabrikationen und Töpfereien sowie über die Kurzwaren wurden besondere Referate entgegengekommen. Außerdem wurden eingehend Steuerfragen und was uns besonders interessiert, Arbeitserfragen und Berufsgenossenschaftsfragen, ferner Angelegenheiten betreffend Arbeitsgemeinschaft der Lederwerksleute behandelt.

Berufsgenossenschaftsfreien, auf dessen Behandlung wir in einem anderen Zusammenhang zurückkommen wollen.

Ueberwirtschaft behandelt.
Sum Punkt 1, Bericht des Geschäftsführers, lag der
gebräuchliche Bericht der Geschäftsführer vor, welcher durch mäntige
Ausführungen noch ergänzt wurde. Man erfuhr daraus,
dass die Reichsbahndirektion voraussichtlich Ende September
d. J. geschlossen werde. Die Reichsbahndirektion und
G. m. b. bereite zurzeit die leichten Schuhwaren-Distributions-
vor und werde dann ihre Tätigkeit einstellen. Die Alteiden-
verwaltungskette habe noch einige Prozesse abgewickelt
und werde dann auch zu befehligen aufschreiten haben. Die gesetz-
gewesene Allgemeine Schuhindustrie A.G. kommt
in der ursprünglich beabsichtigten Weise d. h. unter Beteiligung
des Reiches, nicht zustande, die Reichsbahndirektion sei
an verschiedene Firmen vermietet worden.

Aus diesen Einwänden muß zu entnehmen sein, daß es Arbeitgeber gibt, die befehllich daran festhalten, den Arbeitern Berufsbefreiungen einzuräumen. Mir haben uns an anderer Stelle schon das gesamte Gedanke der Republik bereits mehrfach unterstellt und erläutert. Wir können hier vor dem Gefahr eines künftigen Bürgerkrieges und es scheint, als ob selbst jenseits des Gefahr politischer Unruhen noch nicht behoben

Der Verband hat zurzeit eine Produktionsfaktur in Bearbeitung, die in gewissen Zeitabschnitten fortgeführt werden soll. Es wird berücksichtigt, daß dabei die Firmen, bei den allergrößten Teilen der beschäftigten Arbeiterschaft umfasst ihre Perioden geliefert haben, nur Firmen mit insgesamt 4000 Arbeitern gehen nach dem Maßnahmen erlaubt.

die ernstlichen Bedrohungen, die 45-stündige Arbeitstage wieder einzuführen, hätten keinen Erfolg gehabt, weil die Arbeitnehmer in großer Widerstand geleistet hätten. Schließlich habe man ausgelaufen, an dieser Frage das große Werk des Reichsstaatvertrages nicht weiteren lassen zu dürfen. Es wolle bemerkt, daß B-Streitungen auf Beleidigung der 45-stündigen Arbeitszeit in Tagesumfang herabgestuft seien.

8000 Arbeiter haben noch keine Meldungen erlättet. Dem gedruckt vorliegenden Bericht ist zu entnehmen, daß der Schuhfabrikantenverband am 15. Mai 1921 eine Mitgliedschaft von 716 Mitgliedern aufwies. 29 niedersächsischen Betrieben mußten aus dem Verband ausscheiden, so daβ die Mitglieder des niedersächsischen Schuhfabrikantenverbands waren, die bisher nicht dem Hauptverband angehörte. Aussorteten sind 40 Firmen, eine Reihe infolge Konflikts aus. Neuemgetreten sind 104 Firmen, so daß am 15. Mai 1922 750 Firmen dem Verband angehören. Dabei behielt der Verband noch eine eingeschränkte Werbearbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder nicht entstellt habe, und daß es nicht so sehr darauf ankomme, mit einer großen Mitgliedschaft zu rechnen, als vielmehr Mitglieder zu haben, die von der Bedeutung einer einheitlichen fachlichen Organisation überzeugt, den Willen haben, dem Gesamtinteresse der deutschen Schuhindustrie zu dienen. Im Laufe des letzten Jahres haben sich zwei neuwerende dem Hauptverband angeliefert: die Schuhfabrikanten-Vereinigung im Bezirk Westfalen und der Ver-

Einerung bedroht einen, das alles bisher Dagegeweine
Schatten stellt.

Es berichtet tatsächlich im ganzen Wirklichkeitsraum eine Er-
ratifikationsstimme. Die Schatten, die hier bestimmt, Wahr-
wirklichkeitsraum bestimmen. Wodurch sie den Ausdruck
Wort und durch die erneute Realisierung aller Frei-
heitsschichten sind. Sehr amüsant, sehr lustig, sehr willig.

Die Verhandlungen der Generalversammlung spät-
ertrauen, hat die Vereinigung des Verbandes der deutscher
Schuh- und Schuhfabrikanten mit dem deutseh
Haus- und Schuhfabrikanten-Verband nicht durchsetzen
werden können. Man wolle das bisherige soziale, freundliche
Verhältnis aufrecht erhalten. Den Einzelmitgliedern des Ver-
bandes soll empfohlen werden, nach Möglichkeit unbedach-
ten Zwischenvertragen zu lachen.

Wiederholung verlangt, das hätte der Verband abgelehnt. Man habe sich nach erheblichen Auseinandersetzungen darauf geeinigt, die Reichsbehörde fürst vom Dresdner 21.12.1921 zugrunde zu legen. Der Reichsbehörde wurde am 1.1.1922 aufgelöst.

In Bezug auf **Arbeiter- und Tariffragen** kommt der Geschäftsbereich, die Einführung einer **Sozialen Lohnregelung** sei von den Unternehmervertretern im Januar 1933 mit großer Entschiedenheit verfolgt worden. Die Widerstände auf der Arbeitersseite (von denen man zu Unrecht lagt, daß nicht auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhend) hätten ebenso nicht für angelegte Erfahrungen lassen, es damals mit dem Arbeitgeber zum Bruch kommen zu lassen. Der Bericht geht dann auf die zugrunde getretenen Befürchtungen ein, die auf regionale Anzahl der bisherigen zentralen Lohnregelung in der Industrie abzihlen. Es wird darauf verwiesen, daß auch in den einzugsbezirken in der Industrie durchaus verschiedene Verhältnisse bestehen und deshalb die Lohnregelungen innerhalb des Bezirks oft stark voneinander abweichen. Diese Schwierigkeiten wären also auch nicht durch dezentrale Lohnregelung zu beseitigen. Die Verbandsleitung habe, so wird in dem Bericht ausgeschlossen, Abgrenzung der Streitungen auf regionale Lohnregelung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, im Grundsatz, zu Anfang dieses Jahres in nicht mißverstehender Weise zu erkennen gegeben, daß sie einer dezentralen Regelung keinen Widerstand entgegenstellen würde. Die Frage wurde als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Schu des Hauptausschusses vom 12. Januar 1922 gestellt und damit ausgiebig erörtert. Der Hauptausschuß beschloß jedoch jedoch mit 37 gegen 17 Stimmen, die seitherige zentrale Lohnregelung beizubehalten. Auf dieser Grundlage muhten demnach die weiteren Lohnverhandlungen mit den Arbeitnehmern geführt und der neue Reichsarbeitsvertrag geschlossen werden.

der Erde zu isolieren gesetzt und aus wahren art. 19. und Bierkonzern im aufstellender. Welche zunimmt? Der Tarifverhältnissommission habe die Untercommission weiter gefragt. Auch die von einer Firma gebrauchte Bauspaltung, man habe bei Neueren Orten Konfessionen gemacht, mit der größeren Billiger zu wortnehmen, ist ungünstig, wie gerade die Bemerkung fast aller größeren Industrieplätze in eine höhere Klasse beweist.

Im weiteren Verlauf ging Redner referierend auf die Verlängerung der Gefüngszeitdauer der De- und Bierkonzern im aufstellender. Welche zunimmt? Die mobilisierungsvorschriften und auf den Gesetzesentwurf des Schließungsordnung ein. Betriebsverein- und wohlhabende Söldnere haben mit ihrer Schlemmerkraft seit gezwungen. Zeit ein kleines Vorbild gegeben und im Auslande vollzogene Fortschritte über die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes aufkommen lassen. Die starke Verminderung der Sozialversicherungskassen in einer Zeit herabgestiegenen Bevölkerungsgrodes leidenschaftlich unter gegenwärtig g'm wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse deutlicher als alles andere. Geld o. die Sozialfälle fragen, heißt unter heutigen Bedingungen. In Papiermark herstellen". Eine solche Spekulation ist aber wie die Rauschsendung der Markt in den letzten vierzehn Tagen, in ihnen holen völlig unüberredbar. Der Kapitalmarkt findet Mittel und Wege, sie gegen die Gedächtniswertung auslastet dauernd Wert bei: Waren, Grund und Boden, an landliche Zahlungsmittel u. s. v. Ist es dem Arbeiter und Betriebsvereinlichkeit wirklich so gut unmöglich, ihm den Strudel Wahrungsverfalls zu entgehen? Mit der oben gefasste Reaktionismus wirtschaftlicher Weise legt Schluß. Reinesse. Das Goldkapital des Arbeiters besteht in seiner Gehaltskette, ihm die Erzielung seiner Arbeitszeit bedeutet nicht in Gewinnung seines Familieneinkommens. Jetzt Markt, nicht Gehaltung der Gehaltskette gewollt ist, ist gut angezeigt, sondern als beim Anfang von Dollar und Guineen. Sicher sollte jeder, der durchaus angewiesen ist, vor dem Band in Nord zu leben, gerade in dem Maße darauf bedacht sein, notwendige Anschaffungen für sich und seine Familie nicht zu verlagen. Wer bestimmte Anschaffungen hinzuwillt in Erwartung niedrigerer Preise, kommt in Gefahr, daß von Woche zu Woche vom Monat zu Monat loszugehen

Brüderlichkeit nachlaufen will. Man braucht deshalb nicht zu hamstern oder zu luftschlagen, man soll über das Menige, das man hat, nicht verfehlten lassen. Die härteste Sicherung des Arbeitnehmers gegen die Blechsfälle einer politisch und wirtschaftlich unsicheren Zeit liegt aber im Zusammenhang mit den festen Berufsorganisationen. Deren Wert zeigt sich immer wieder auf deutliche Weise, wenn sie gegen die wirtschaftlichen Katastrophen leicht zermahlt, die durch die politischen Katastrophen auch den größten Schaden verursachen. Sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in kritischen Zeiten die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder nicht unterdrückt werden. Deshalb ist der Beitrag für die Gewerkschaft, für die Partei und für die Arbeitgeberwohl die beste Versicherungsprämie gegen die Gefahren, die uns noch bedrohen können (V.B.M.).

Dollarfurs. Am Tage vor der Ermordung des Außenministers Rabenau, also am 23. Jan., hatte der Rat einen Tischland von 332 erreicht. Nach allgemeiner Beurteilung fanden ein weiteres Sinden der Mark ausgegeschlossen. Da erfolgte die Brevetlatia, die das deutliche Misstrauen im gekannten Auslande von Allerhöchste erfüllte. Der Sturz der Mark war katastrophal.

Der Stand des Dollars an der Berliner Börse war am 6. Juli 455,57, am 7. Juli 528,16. Am 10. Juli notierte der Dollar in Berlin 523. Das will besagen, daß man heute für einen Dollar, den man sich vor dem Kriege um 4,25 Mark kaufen konnte, rund 425 Mark, also hundertfünfzig Mark billiger kaufen muß. Eine rapide Preiserhöhung vorher ist alles, was die vom Auslande bezogen werden müssen, wird die Folge sein.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat an den Reichsverbaumsminister, an den Reichsfamter, an den Reichsfinanzminister, an den Reichstag und an den Reichstact ein Schreiben verichtet, in dem er auf das ernsthafte davor warnt, bei der Neuordnung der Broterverförgung eine Ausfertigung der sogenannten Bemittlungen aus der behördlichen Broterverförgung vorzunehmen. Im gleichen Sinne hatte sich der Deutsche Städtebau an die Reichsregierung gewandt.

Am Reichstag ist das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Seite von 1922 verschärfend worden auf folgender Grundlage: Betriebe bis fünf Hektar bleiben von der Umlage befreit. Die Versorgung mit billigerem Brot erfolgt nur auf Antrag. Ausgebilligter darunter sind diejenigen Personen, deren Einkommensverhältnisse davon die Beschränkung nicht erlauben lassen. Das Gesetz wird folgendermaßen gedeutet: Der Betrag für das Jahr 1923 ist durch eine Beitragsabgabe von 6900 Mark für Pferde 3400 Mark, für Getreide 6700 Mark und für Hafer 6600 Mark pro Tonne, für das zweite und lediglich Drittel der Umlage fest. Die Reichsregierung legt die Preise auf der Grundlage der oben genannten Beiträge nach Abhörung eines zwanzigmaligen Ausschusses fest, von denen je fünf Mitglieder von dem Volkswirtschaftsausschusse des Reichstags und dem gleichen Ausschusse des Reichstags zu wählen, fünf aus den Kreisen der Landwirtschaft und fünf aus den Kreisen der Industrie. Der Verbraucher vom Reichsverbrauchungsminister ist zu entlasten. Die Beiträge für Pferde und das erste Drittel der Umlage werden auf 11 für Pferde und das zweite, aber lediglich Dritte, vor der Erhöhung der Beiträge gesetzten Rahmen der Unterschied zwischen dem neuen und dem gegebenen Preise nachzuzahlen. Dieser vom Ausschusse gesuchte Grundbetrug stimmt auch das Plenum des Reichstags mit 217 gegen 137 Stimmen zu. — Man wird sich also auf eine Verdoppelung des Brotpreises gefasst machen müssen.

Der **Wiederaufbau** in Deutschland wird für 1921 von der **Statistischen Korrespondenz** (Nr. 22 vom 10. August) mit Gründiger Berechnungen auf annähernd 100 Prozent des Friedensverbrauchs geschätzt.

Die Reizmittel der Akkordarbeit.

Der Gesamtentwurf wurde mit einer Reihe Änderungen nominiert, die insbesondere auf die Unzulänglichkeiten des Mieterwohnbaus im Städtebau und auf die Meisterermittlung von Wohnräumen und auf die Wertwohnungen bezogenen. Der Reichstag hat am 26. März das Wohnungsmangelgesetz bis 31. März 1923 verlängert, womit potentiell nun Zeit genommen ist, eine allgemeine Behandlung des „Mieterwohnbaus“ hinanzubauen.

den Aufklebern, konnte der Sohn nicht die Sprüche machen, wie in anderen Sowjeten, weil es hier bei der Arbeit auf genaue Qualifikationen, die eine Qualifizierungsarbeiten verhindern, wesentlich ankommt. Die Unzufriedenheit in der Zuliefererindustrie, einer in der Industrie besonders wichtigen und hochwertigen Sparte, entbehrt bestehend nicht ganz der Begründung.

der Arbeitsstift durch die benannten Reisigmäntel liegen aber noch auf anderem Gebiete. Sogenannte müssen die prozentualen Lohnumlagen wieder auf die Altförderde miteingerechnet werden. Auf die Dauer geht es nicht weiter mit den prozentualen Zuschlägen, insbesondere wenn diese eine Höhe erreichen haben, die den eigentlichen Grundlohn weit übersteigen. Dies ist dann bei einer solchen Lohnumrechnung gegeben, haben wir ja im Fall bei der Tarifverneinung gesehen. Niemand ist dann im Lage, Unternehmenslöhne aufzuteilen, die alle bestreitigen. Bei der Altförderrechnung wird dann die berichtigte Lohnumrechnung eingerechnet. Die Betriebsaufsicht und Sachverständige, genannt Oberdirektor, kann dann entscheiden, dass die Werte zu niedrig ausfallen. Der Brutto der neu erzielten rechneten, müsste zu niedrig angelegten Altförderde, ist einem erhöhten Anpassung der Arbeitsstift, um wiederum einen einigermaßen guten Lohn zu kommen. So schließen sich die Kollegen selbst durch vorhergehende unlimige, übernommene Wöhler. Die Leistungen sind höhere geworden, was dann später selbst wieder bewirkt, das die Altförderde niedrig geblieben werden. Mancher Kollege würde selbst erfahren, wenn er einmal den Stift unter Hand nehmen würde und gegenüberstellen, wie hoch seine Arbeitsleistung bei dem Krieg war, wie sie vor zwei Jahren stand und wie sie heute ist.

Diese Dinge sollten endlich der Rollengesellschaft zur Warnung dienen und zu Selbstbesinnung führen. Schon so ist auf die schweren gefundesscheitlichen Gefahren hingewiesen worden, die eine dauernde Überplanung der Arbeitskraft nicht bringt. In der hofften Sucht nur mehr zu verfeinern wird diese Rücksicht auf die Schönheit und die gesetzlichen Kräfte hinlangen. Selbst Arbeitgeber mit einer gewissen Erfahrung sind in der Regel eher am Arbeitsmarkt als bei den Gewerkschaften. Doch hat am Ende, die für Vorräte weniger Bedürftigsten, deren Verdienst von den gleichen Abforderungen abhängig ist, in der Leistung mitzufragen, um einen eindeutigen ausreichenden Verdienst aus sich herauszubauen. Was das auf die Bevölkerung wirkt, ist gewöhnlich schon nach einigen Jahren zu sonnenfesteten. Wir können es deshalb nur vom neuen wiederholen: der Arbeiter beginnt ein Verbrechen an sich selbst und an seiner Mitarbeitergesellschaft nicht mit, der mit seiner Rücksichtlosigkeit haushälterisch umzugehen versteht.

Es gibt Mittel, um diesen Auswirkungen des AfD-Sozialismus den Widerstand zu nehmen; bei einem Rückenwind wird die Geschäftsführerrolle auch selbst darauf kommen. Der Gedanke, daß auf einer Verdienstbegrenzung bei AfD-Arbeitern nach oben gesehen und gegen die Überverdienststrategie der liberalen Solidaritäts-Makrothesen ergreiften werden, ist nicht neu und er ist auch schon in die Praxis umgesetzt. Voraussetzung für solche Befreiungen bleibt aber immer die Wissensfüllung auch dem Arbeitgeber gegenüber, die Ausnutzung von Zeit und Arbeitskraft, eine Höchstleistung in verdeckten Grenzen. Wenn aber Arbeitnehmer diese Grenze durch Überarbeitsaufgaben und Schichtwechsel unter Nützung der Betriebspausen, um höhere Verdienste herausfinden und sie zum Lohnhöherwerden, so erhöhen es gerechtfertigt, das ja die Gehaltsdifferenz dagegen wehten.

Die Unternehmertreifheit sieht zum Teil das Standpunkt und wir hören schon den Vorwurf, daß dieselbe eine Befreiung der Jurisdiktion der Arbeitgeber ist. Da die Arbeitgeber nicht die einzige Ausführungsinstanz seien, so spricht die Begrenzung des Rechts der Höchstleistung weder sich nicht gegen die Arbeitnehmer aus, sondern immer nur gegen einzelne. Im übrigen muß auch einmal ausgeschlossen werden, daß auch Gründen wirtschaftlicher Art für untenen Standpunkt sprechen. Es fällt nicht schwer nachzuweisen, daß unter einer allzu hohen Überlastung der Arbeit Qualität der Arbeit äußerst leiden muß. Die

Lohn als vor dem Kriege. Die Gesamtleistung der Eisenbahnen steht nur noch um 10–15 Prozent hinter der Vorriegsleistung zurück. Heute werden die Dinge in den meisten Industriezügen.

Gefordert aber den soll, die Stabilisierung der Wirtschaft bringt, wießt die — vom menschlichen und wissenschaftlichen Standpunkt aus mir erwünschte Erhöhung des Lebensalters des deutschen Volkes, so braucht die Konkurrenzfähigkeit noch lange nicht auf dem Weltmarkt verloren gehen. Man braucht die nur jüngste an die vielen Vorriegsstaaten zu denken, die Erbtitel einer englischer Unternehmerin über die deutsche Nachfrage. Doch kommt aber noch ein zweiter Vorteil. Wie in Deutschland die Wohnungsbau „solidarisch“ warben, die südfranzösischen Parteien in Deutschland vor dem Kriege einen Wert von über 80 Milliarden Goldmark; der reine Mietwert betrug an anderthalb Millionen. Dieser ohne Mietzettel ist heute auf 1 Prozent gesunken. Will man ihn nicht erhöhen — und gerade jetzt in Deutschland mächtigster Streik haben daran sein Interesse? Es ist das allein ein so erheblicher Aufschwungsonst, zumal Lohn der deutschen Arbeit, daß die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf Jahrzehnte gejagt wird, auch wenn man anfangt, höhere Preise als bisher für den Ertrag der unbrauchbaren Wohnungen mit zu fordern. Wie diese Art Gebot nun parallel eine hohe Mietsteuer eingeführt werden. Diese aber ist in vollem Maße erst, wenn der Überschuss in Arbeitsmärkten geschafft, anstrengend am Bruttosozialbetrag gehängt ist.

Eine Stabilisierung der Währung ist heute ohne eine auswirkende Tatsache durchaus fiktiv. So soll man mit dem gegen wen Tatsachen rechnet, d. h. die Relationen zu dem heutigen unfähigen Kaiserstand von 1 Prozent stabilisiert. Der Goldpreis des Reichsbundes in der Höhe von 1 Milliarde bietet dazu Redung für 100 Milliarden Banier! Und getestet soll es werden, in welchen Ziffern 70 Milliarden an gesammeltem Kapital auf die Markt geworfen, so soll man sich nicht schrecken lassen: diese 70 Milliarden werden von Industrie, Klein- und Großbürgertum sofort wieder unter Singtone von Weißseiden an die Reichsbank in das Umlauf geben. Vor dem Kriege standen ja doch über 2,5 Millionen deutsche Bonitäten in Umlauf, heute werden wohl 150 Millionen unterschätzigen je Jahr. Ein solches Ergebnis führt zu einem

Homb in Domb mit der Balansierung müsste freilid eine Binnensanierung großen Stils geben: durch Einführung von Monopolen auf Gemütsärt anstatt der höchst niedrige Industrien Einsters könnte man leicht 1-5 Goldmilliarden gleich 100-150 Millionen Menschen ohne Preiserhöhung herstellen. Die rationale, die industrielle Struktur neuer Produkte und die Lebenshaltung erfordernde Subsistenz müsste natürlich abgedoptet werden! Ganz die Sozialreform ermöglicht nationell direkte Steuern; hohe Erträge jagen bei erheblich herabgesetzten Einstern überall.

Die Notwendigkeit der Valutasanierung.

Bei dem raschen Marschur spricht Prof. C. Vallob: Wenn steht die Balata anderthalb, wozum fringen die Sterne? Die Antwort den bestimmtesten Ton. Der Feindstand ist bald! Es geht Deutschland zu sehr. Schlimmes befiehlt, sehr Deutsches ist nicht leichter kann; der fortwährende Spott der Bevölkerung von Goldschmid führt zu Deutschlands Bankrott. Das ist nicht unrichtig, aber es ist nicht die volle Wahrheit. Ein Deutsch-Oesterreich ist die Balata völlig perfektioniertes, großes Oesterreich bei Gunstige nichts befreit hat.

Diese jüngste Polizei bedeutet sinkende Reallohn.
Dieser erlangt sich die Arbeit ab und so unter durchbohren
Unter Schornsteinen, aber das weitere Sinken der Salute
macht diese Louportholem in schnell weit — der Kreislauf der
Beschäftigung der Lebensmittelindustrie und der Rohstoffe beginnt
zu neuem. Die Währung hält sie bei Baulandverwertung um
ein Beideckliches nach! Täter das Interesse an der Ent-
wertung. Es schlägt aber noch ein zweites Interesse: Die
Währung den Schulden, das insbesondere bei der
Geldwirtschaft die ausschlaggebende Rolle spielt. Die deutsche
Endverschuldung ist ihre Vorliegenschulden im Betrage von an-
nähernd 25 Goldmarktaellen mit einem Rückstand beobachtet,
der allerdings vielleicht mehr, sehr Schulden gemacht. Sinkt
die Salute weiter, so werden auch diese neuen Schul-
den verschärft, um Wiederholung... Die Lebensmittelkreise haben
längst den Weltmarktes erreicht. Großhandel und Großindustrie
haben noch's drittes Interesse. Die völlige Erneuerung
des Weltmarktes durch Aufkauf von kleinen, kleineren
Fabriken, Betrieben wie der Kett-Mittelschmied, insbesondere bei
kleinen Renten, begreift es noch immer nicht, daß es ihrer
zu den Fragen geht: Sie schwinden in bestehendem Maße zur
Beschaffungsfähigkeit Salute, dazu soviel, so lehrt es die Stimme-
kreise. Anfang einer Sektion der Deutschen Industrie zu bilden,
will den Mittelschmieden, ja jenen
P. Sieker, die kleine Gewerbe, die
die Industrie ausweiten.

Arbeiterstadt und Mittelstand haben das größte Interesse an einer Einführung der Bahn. Sie können sie nicht durchsetzen, weil sie gebunden sind. Der Mittelstand spricht nur halme einer „Eigentümlichkeit“. Das größte Interesse an einer faulen Bahn hat aber auch der Staat. Denn alle Steuern, versteht wie imbeziliert, werden illsensisch bei Menschen belastet. Ob man es erlaufen, an Betriebsagenten, an Geschäftsführer, an Bauanwälte heißt; Der Staat kann die nur nach dem Gedanken einer abgelegtenen Börse die Steuern einschaffen. Sie werden durch bald Einführung des Bahn, zu einer kleinen „Steuersumme“ herabgesetzt.

